



Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
HA I Stadtentwicklungsplanung,
HA I/5 Zentrale Stelle für Öffentlichkeitsarbeit im
Referat für Stadtplanung und Bauordnung (PlanTreff)
Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement
Blumenstraße 31
80331 München

Eingangsvermerk des Referats für
Stadtplanung und Bauordnung (bitte
nicht beschriften)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung der Landeshauptstadt München / Referat für Stadtplanung und Bauordnung / Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement

Anträge müssen mindestens sechs Wochen vor Beginn der Maßnahme / des Projekts bei der im Anschriftfeld genannten Dienststelle vorliegen, um gefördert werden zu können (Ziffer 3.1.5 der Zuwendungsrichtlinien)

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen unbedingt die Erläuterungen zum Musterantrag und die Zuwendungsrichtlinien!

Datum:

1. Angaben

Antragsstellende /r Körperschaft, Verein, Initiative, Gesellschaft, etc.

Postanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl)

Telefon / Fax / E-Mail-Adresse

Rechtsform (gem. Ziffer 2 der Richtlinien)

- a) natürliche Person
b) juristische Person (z. B. e.V., gGmbH) (*bitte Registerauszug/Vereinssatzung beilegen*)
c) sonstige nicht rechtsfähige Vereinigungen (Initiative, nicht eingetragener Verein, Gruppe etc.)

bitte beiliegende Haftungserklärung beilegen

nur bei b) und c): Vertretungsberechtigte/r

Frau

Herr

Name, Vorname:	Telefon (tagsüber) / Faxnummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort:	E-Mail-Adresse:
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Zweck / Zielsetzung des Vereins, der Gruppe, der Initiative bzw. Gesellschaft
<input type="text"/>

2. Verwendung des Zuschusses (gemäß Ziffern 3 und 5 der Richtlinien)

Titel der Maßnahme:

Zeitraum der Maßnahme (Beginn – Ende):

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Der Zuschuss wird beantragt für (**kurze Beschreibung**, ggf. Beiblatt beifügen):
Bitte Veranstaltungsort sowie geschätzte Teilnehmer-/ Besucheranzahl (differenziert nach Frauen und Männern, Mädchen und Jungen) angeben, ggf. Programm beifügen. Es ist auch dazulegen, ob der Fair-Trade-Gedanke bei der Beschaffung von Gegenständen im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt wurde.

<input type="text"/>

Zuwendungen Dritter

Wurde/wird bei anderen zuwendungsgebenden Stelle für diese Maßnahme ebenfalls ein Antrag auf Zuwendung gestellt?

(ggf. gesondertes Blatt verwenden)

nein

ja; Falls „ja“ ist eine Abgrenzung der Kosten und Leistungen durch Aufschlüsselung der Kostenstellen erforderlich (siehe Anlage Seite 9 und Erläuterungsblatt)

Falls ja – bitte hier eintragen:

Antragsdatum	Stelle(n)

3. Gesamtfinanzierung der zu fördernden Maßnahme

Sind Sie bei der beantragten Maßnahme vorsteuerabzugsberechtigt?

ja

nein

falls ja, bitte Netto-Beträge angeben

a) Voraussichtliche Ausgaben (geschätzt)

	vom Antragsteller bzw. von der Antragstellerin auszufüllen		nur vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung auszufüllen
Personalausgaben <i>(Aufschlüsselung ist vorzulegen)</i>		€	
Ausgaben für Honorarkräfte <i>(Aufschlüsselung ist vorzulegen)</i>		€	
Sachkosten <i>(Einzelpositionen gem. beigefügtem Kostenvoranschlag bzw. detaillierter Kostenaufstellung)</i>		€	
		€	
		€	
		€	
		€	
		€	
Gesamt		€	

b) Voraussichtliche Deckungsmittel (gem. Ziffer 9 der Richtlinien)

Einnahmen (z.B. Eintritt, Programmverkauf, Werbung, Teilnahmebeträge, sonst. Erlöse)	<input type="text"/>	€	
Eigenmittel (in angemessener Höhe zu den voraussichtlichen Gesamtkosten - Festbetrag, nachträglich nicht reduzierbar)	<input type="text"/>	€	
Zuwendungen Dritter (z.B. andere Dienststellen, Stiftungen etc.)	<input type="text"/>	€	
Gesamt	<input type="text"/>	€	

Bewilligter Zuschuss:

c) Beantragte Zuwendung = (Ausgaben abzüglich Deckungsmittel)	<input type="text"/>	€	<input type="text"/>	€
--	----------------------	---	----------------------	---

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit werden wir auf die Förderung durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hinweisen (gem. Ziffer 3.1.6 der Richtlinien Voraussetzung für eine Bezuschussung), durch:

die Verwendung eines Zusatzes auf Flyern, Plakaten, Einladungskarten, Programmheften etc., z.B. „mit freundlicher Unterstützung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung“

auf unserer Homepage (sofern der Antragsstellerin / der Antragssteller eine Homepage betreibt)

unter gleichzeitiger Verwendung des städtischen Logos, sofern zu letzterem die drucktechnische Möglichkeit besteht.

4. Bankverbindung

Zuwendungsempfängerin / Zuwendungsempfänger (z.B. Verein) oder Kontoinhaberin / Kontoinhaber (falls kein eigenes Konto vorhanden ist)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Geldinstitut

DE

IBAN (Angabe unbedingt erforderlich)

BIC

Erklärungen über die Einräumung des uneingeschränkten Prüfungsrechts

Es wird anerkannt, dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung berechtigt ist, im Falle der Bewilligung von Zuwendungsmitteln Überprüfungen bei der Zuwendungsempfängerin / dem Zuwendungsempfänger durchzuführen. Das Revisionsamt der Landeshauptstadt München und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband sind berechtigt, die bestimmungsgemäße Verwendung der von der Landeshauptstadt München gewährten Mittel durch die Einsicht in die Bücher und Belege in den Räumen der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers oder in den Diensträumen der Prüfungsinstanzen durchzuführen.

Die oben genannten Prüfungsinstitutionen sind berechtigt, Dritte als Sachverständige zur Prüfung heranzuziehen.

Soweit es die jeweils prüfende Stelle zur Erfüllung des Prüfungszwecks für erforderlich hält, kann die Prüfung auch auf die sonstige Geschäfts- und Wirtschaftsführung der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers ausgedehnt werden.

Erklärung zum Gender Mainstreaming

Gender-Mainstreaming – die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit – ist eine gesellschaftspolitische Grundsatzaufgabe, welche die Landeshauptstadt München und das Kulturreferat aktiv unterstützen. Nur wenn Frauen und Männern gleichermaßen an der Gestaltung des kulturellen Lebens der Stadt München teilnehmen, kann sicher gestellt werden, dass die vorhandenen Ressourcen beiden Geschlechtern gleichermaßen zukommen. Hiermit wird bestätigt, dass die Antragstellerin bzw. der Antragsteller die Grundsätze des Gender-Mainstreaming in angemessener Weise berücksichtigt. Dies bedeutet auch, dass bei Verwendung von Zuwendungsmitteln das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit (Gender-Budgeting) zu Grunde gelegt wird.

Erklärung zum Kinder- und Jugendschutz

Sofern im Rahmen der zu fördernden Projekte Aktivitäten mit Minderjährigen beinhaltet sind, verpflichtet sich die Antragsstellerin / der Antragssteller im Falle der Förderung:

- a) durch ein erweitertes Führungszeugnis sicherzustellen, dass sie / er keine Fachkräfte im Bereich der Arbeit mit Minderjährigen beschäftigt oder vermittelt, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 181a, 182 bis 1843 oder § 225 Strafgesetzbuch verurteilt wurden.
- b) Beschäftigte einschließlich freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Honorarkräfte sowie ehrenamtlich Tätige, die regelmäßigen oder nicht nur kurzfristigen Kontakt zu Minderjährigen haben, in diese Maßnahmen einzubeziehen
- c) Personen, von denen der Zuwendungsempfängerin / dem Zuwendungsempfänger bekannt sind, dass die nach den o.g. Paragraphen rechtskräftig verurteilt wurden, unverzüglich von den Aktivitäten auszuschließen.

Die Zuwendungsempfängerin / der Zuwendungsempfänger erklärt, dass sie bzw. er selbst nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach o.g. Paragraphen verurteilt wurde.

Scientology-Schutzerklärung

Die Zuwendungsempfängerin / der Zuwendungsempfänger erklärt

1. dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Dauer der Bezuschussung des beantragten Projekts / der beantragten Maßnahme die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des o.g. bezuschussten Projekts / der bezuschussten Maßnahme eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
2. dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des bezuschussten Projekts eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
3. Die Zuwendungsempfängerin / der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des bezuschussten Projekts / Maßnahme eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
4. Die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung nach Nummer 1 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2 berechtigt die zuwendungsgebende Stelle zur Aufhebung des Bewilligungsbescheids (vgl. Ziffer 21.2.2 der Richtlinien).

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag enthaltenen Angaben wird bestätigt. Jede Änderung der vorstehenden Angaben wird dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung **unverzüglich und unaufgefordert** mitgeteilt. Die Zuwendungsrichtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung zur Förderung des Dialogs zu Themen der Stadtentwicklung und Stadtplanung in der jeweils gültigen Fassung werden anerkannt

Erklärung zur finanziellen Situation der Antragstellerin bzw. des Antragstellers

Hiermit wird bestätigt, dass die/das beantragte Maßnahme/Projekt aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Antragstellerin bzw. des Antragstellers ohne Unterstützung durch das Kulturreferat nicht oder nicht im notwendigen Umfang finanziell gesichert bzw. zu realisieren wäre und dass die Realisierung noch nicht begonnen worden ist.

Eigenmittel, Vermögen und alle im Zusammenhang mit der/des beantragten Maßnahme/Projekts erzielbaren Einnahmen sowie Zuwendungen anderer (auch städtischer) Zuwendungsgeberinnen bzw. Zuwendungsgeber werden vorrangig als Deckungsmittel für alle mit der/dem beantragten Maßnahme/ Projekt zusammenhängenden Ausgaben eingesetzt.

Es wird zugesichert, dass keine Verbindlichkeiten bestehen, welche die vorgesehene Durchführung der/des beantragten Maßnahme/Projekts gefährden.

Hiermit wird bestätigt, dass weder Verbindlichkeiten, die eine zweckentsprechende Durchführung der Maßnahmen gefährden, noch Vermögenswerte, die eine zweckentsprechende Durchführung der Maßnahme auch ohne Beteiligung der Landeshauptstadt München ermöglichen würden, vorhanden sind.

Erklärung zur UN-Behindertenrechtskonvention, der EU-Grundrechtecharta und der Münchner Handlungsstrategie

Die Zuwendungsempfängerin / der Zuwendungsempfänger erklärt, dass sich die geförderten Projekte im Rahmen der vorhandenen Mittel an den Belangen der UN-Behindertenrechtskonvention sowie an der EU-Grundrechtecharta und der Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit orientiert. Die Antragstellerin / der Antragsteller sichert zu, die Grundsätze der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ im Sinne des Beschlusses des Stadtrates vom 13.12.2017 zu berücksichtigen. Dies bedeutet auch, dass bei der Verwendung der Mittel keine Maßnahmen und Projekte, die rassistische, gemäß der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ antisemitische oder antidemokratische Inhalte haben, gefördert werden.“

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag enthaltenen Angaben wird bestätigt. Es wird die Verpflichtung übernommen, Änderungen der vorstehenden Angaben dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung – PlanTreff-Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

Es wird versichert, dass der beantragte Zuschuss zur Finanzierung erforderlich ist.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift(en)

Haftungserklärung¹

Dieses Formblatt ist ausschließlich von Initiativen, von nicht eingetragenen Vereinen, Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder anderen Antragsstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit auszufüllen.

Antragssteller (Name des nicht eingetragenen Vereins, der Gesellschaft, Initiative, etc. gem. Ziffer der Richtlinien)	
Postanschrift	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort

Die nachfolgend aufgeführten Mitglieder des oben genannten Antragsstellers übernehmen hiermit unbeschadet des Fortbestands ihrer Mitgliedschaft die gesamtschuldnerische Haftung gegenüber der Landeshauptstadt München – Referat für Stadtplanung und Bauordnung für einen etwaigen Zuschuss.

Bei nicht ordnungsgemäßer Mittelverwendung (Zifferder Zuwendungsrichtlinien vom 25.04.2018) entsteht eine Rückzahlungspflicht des bewilligten Zuschusses (zuzüglich angemessener Verzinsung) in Höhe des im Bwillingungsbescheid genannten Betrages.

Ausfüllhinweis: Hier unterschreiben alle Mitglieder der Antragsstellerin / des Antragstellers, die zur Übernahme der Haftung bereit und finanziell in der Lage sind, **mindestens jedoch zwei Personen**.

Familienname, Vorname	Anschrift	Unterschrift

¹ Hinweis für Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR)
Es müssen grundsätzlich alle Mitglieder der GbR den Antrag unterschreiben. Falls bereits per Gesellschaftsvertrag oder gesonderter Vollmacht (bitte beilegen, mit Namen und Anschriften der GbR-Mitglieder) das Vertretungsrecht für die GbR auf ein oder mehrere Mitglieder übertragen wurde, müssen nur diese vertretungsberechtigten Mitglieder den Antrag unterschreiben.

Alternativ können Sie durch Benennung einer/s Vertretungsberechtigten / Bevollmächtigten (Seite 1) und durch Unterschrift aller GbR-Mitglieder (auf dieser Seite) für das weitere Zuwendungsverfahren eine/ einen Vertretungsberechtigte/n für die GbR bestimmen, die / der alle weiteren Unterlagen unterschreiben kann.

Nur auszufüllen, wenn unter Punkt 2 des Vorhandens Andere Zuwendungen bewilligt wurden bzw. bei ihnen beantragt wurden.

Zuwendungen anderer Dienststellen bzw. Dritter:

Andere Zuwendungsgeber	Zuwendungsbetrag	Leistungsbeschreibung

Abgrenzung der Leistung des vorliegenden Antrags von oben genannten Leistungen:

<i>Bitte geben Sie insbesondere an, welche Leistung, deren Bezuschussung mit vorliegendem Antrag beantragt wird, nicht von anderen Dienststellen gefördert wird:</i>

Hiermit wird versichert, dass für den mit diesem Antrag beschriebenen Teil (Leistungsabgrenzung) des von mehreren anderen o.g. Dienststellen geförderten Projekts **keine** Zuwendung besteht:

Datum

Unterschrift

**Anlage 1 zum
Antrag**

Honorarkostenübersicht ²			A	B	C	D
Lfd. Nr.	Name (falls bekannt)	Funktion / Aufgabe	Pauschalhonorar / Gage in €	€ pro Arbeitsstunde	Geplante Arbeitsstunden	Honorar (Ergebnis aus Spalte B x C)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
Zwischensumme von Spalte A bzw. D in €				Zwischensumme XXX	Zwischensumme XXX	
Summe aus Zwischensumme der Spalten A und D in €						

² Bitte tragen Sie entweder das/die geplante Pauschalhonorar/Gage oder die geplanten Kosten pro Arbeitsstunde sowie die geplante Anzahl der Arbeitsstunden ein